

Region ist mühsam. Galizien ist der Hort der ukrainischen National- und Autonomiebewegung; aber auch hier ist der erste Elan inzwischen dahin. Die nichtkommunistischen Kräfte sind in eine Vielzahl von Gruppen und Parteien aufgesplittert und verzettelt sich vielfach in nebensächlichen Fra-

gen. Die wirtschaftlichen Probleme schlagen auch im unter sowjetischer Herrschaft stark industrialisierten Galizien voll durch. In dieser spannungsreichen Umbruchsituation lastet gerade auf der ukrainisch-katholischen Kirche eine besondere Verantwortung. U. R.

Osteuropa: Antisemitismus und die Furcht davor

Als die polnischen Bischöfe Ende November des vergangenen Jahres ihren *Antisemitismus-Hirtenbrief* verabschiedeten (vgl. HK, Februar 1991, 97), nahmen sie als offiziellen Anlaß dazu den 25. Jahrestag der feierlichen Schlußabstimmung zum Konzilsdekret „*Nostra aetate*“ über die nichtchristlichen Religionen, mit dem das Zweite Vatikanum die Beziehungen der katholischen Kirche zum Judentum auf eine neue Grundlage stellte. Den eigentlichen Anlaß des Schreibens, das in Teilen bereits vor Weihnachten bekannt, aber erst am 20. Januar in den Kirchen des Landes verlesen wurde und für das die polnischen Bischöfe von jüdischer Seite mehr als nur ein „Pflichtlob“ erhielten, übergingen sie allerdings schamhaft: Durch verschiedene antisemitische Vorkommnisse der jüngsten Zeit, gerade auch im Vorfeld der ersten freien Präsidentschaftswahlen (vgl. HK, Februar 1991, 71), waren die Bischöfe in der polnischen Öffentlichkeit unter Druck geraten. So sahen sie sich gezwungen, sich unmißverständlich dazu zu äußern.

Ein Antisemitismus, der sich als Antizionismus tarnt

Bereits im Mai 1990 hatte die Kommission der Polnischen Bischofskonferenz für die Beziehungen zum Judentum (Vorsitzender: Bischof *Henryk Muszyński* von Włocławek) ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht, daß von bestimmten Gruppie-

rungen zum Erreichen ihrer politischen Ziele antisemitische Slogans eingesetzt würden. U. a. war versucht worden, prominente *Solidarność*-Vertreter wie *Adam Michnik*, *Bronislaw Geremek* und *Jan Litynski* mit dem Hinweis auf ihre jüdische Abstammung zu diskreditieren.

In Polen, wo heute nur noch eine geringe Zahl von Juden (12 000) lebt, soll der Hinweis auf die tatsächliche oder vermeintliche jüdische Abstammung Zusammenhänge mit der Zeit suggerieren, in der Juden z. T. Schlüsselstellungen in Arbeiterpartei und Sicherheitspolizei innehatten und als wichtige Stützen des stalinistischen Systems galten.

Nach seinen z. T. unglücklichen Äußerungen zu antisemitischen Vorfällen im Präsidentschaftswahlkampf nutzte unterdessen Staatspräsident *Lech Wałęsa* Ende Januar den Besuch einer Delegation der internationalen jüdischen Organisation *B'nai B'rith* in Polen dazu, Mißverständnisse in bezug auf seine eigene Haltung in dieser Frage auszuräumen. *Wałęsa* betonte gegenüber der Delegation, er werde Antisemitismus in Polen nicht dulden. Kein Christ könne Antisemit sein. Das jüdische und das polnische Volk müßten alle Erscheinungsformen von Haß bekämpfen.

Sosehr Polen deswegen in den letzten Monaten im Mittelpunkt des internationalen öffentlichen Interesses stand, auf dieses Land beschränkt sind antisemitische Tendenzen in Osteuropa gegenwärtig nicht. Antisemitische Tendenzen zeigen sich mehr oder

minder ausgeprägt auch in anderen osteuropäischen Ländern.

Allen voran in der *Sowjetunion*. In ihrem russischen Kernland machen sich national-populistische Strömungen breit, für die antisemitische bzw. – wie sie es selbst nennen – „antizionistische“ Bestrebungen fester Bestandteil des politischen Weltbildes sind. Zu den bekanntesten Bewegungen innerhalb dieser neuen russischen Rechten gehört die 1983, also bereits vor dem Beginn von *Perestrojka* und *Glasnost*, gegründete russisch-patriotische Bewegung *Pamjat* (zu deutsch: Erinnerung, Gedächtnis). Sie ist inzwischen zu einem ernst zu nehmenden politischen Faktor im Lande geworden, ohne sich im eigentlichen Sinn als politische Partei zu verstehen. Nach außen durch Uniformierung gekennzeichnet und nach innen durch das Autoritätsprinzip strukturiert und damit manchen westlichen neonazistischen Gruppierungen zum Verwechseln ähnlich, ist diese Bewegung unter ihrem „Führer“, *Dimitrij Wassiljew*, in Rußland nicht etwa nur ein „Außen-seiter als eher schon ein Trendsetter“ (*Gerd Koenen*, in: Osteuropa-Archiv, März 1990).

Für *Pamjat* und andere ist Antisemitismus Teil einer breiteren Abwehrhaltung gegen alles, was als dem „russischen Wesen“ vermeintlich zuwiderlaufend bekämpft wird: *westlicher Liberalismus, Pluralismus, Demokratie*. Antisemitisch wird diese Haltung vor allem dann, wenn antirussische Kräfte im Sinne eines weltweit inszenierten *Komplots* am Werk gesehen werden. Auch das Zerrbild einer verschwörerischen *Freimaurerei* lebt dabei wieder auf. Der Klassenfeind von einst wird so durch die „Russophoben“ ersetzt – ein Begriff, der anwendbar ist „auf den ‚geistlosen‘ Westen, der, vom Gift der Pornographie und der Drogen durchsetzt, dem russischen Volk, der reinsten Verkörperung des Gewissens, den Garaus machen will, sowie auf die inneren Feinde – Liberale und Demokraten, Intelligenzler und Spekulanten, Dissidenten und Juden“ (*Andrej Sinjawski*, in: FAZ, 23.12.89). „Erinnerung“ meint für *Pamjat* die Absage an jede Form von *Kosmopoli-*

tismus und Emigrantentum, die die Juden mit ihrer weltweiten Zerstreung in der Diaspora gewissermaßen exemplarisch verkörpern. Politisch bedeutet dies die Orientierung an einer „organischen“, sprich: *monarchischen* Staatsstruktur. Offene Sympathie zeigt man für verwandte Bewegungen auch im Westen, etwa den national-populistischen französischen *Front National* unter *Jean-Marie Le Pen* (vgl. HK, November 1987, 518 ff.).

Die Liberalisierung brachte es zutage

Zielscheibe der Kritik aus patriotisch-populistischen Kreisen der russischen Gesellschaft sind die Juden aber auch deshalb, weil sie offensichtlich zu denjenigen zählen, die die sich liberalisierenden wirtschaftlichen Verhältnisse in der Sowjetunion besser als andere zu nutzen verstehen – andere Bevölkerungsgruppen, die in diesem Zusammenhang auch gerne genannt werden, sind *Georgier* und *Balten* – und damit verbreitete *ethnische Rivalitäten* zusätzlich schüren. So gehört die *Pamjat*-Bewegung auch zu denen, die die vergleichsweise starke Präsenz von Juden in akademischen, freien sowie künstlerischen Berufen kritisieren.

Wirklich neu sind solche antijüdischen Einstellungen in der Sowjetunion nicht – neu ist jedoch, daß sich Vertreter dieser Position im Zuge der inneren Liberalisierung und Pluralisierung der sowjetischen Gesellschaft frei und ungehindert äußern können. Im übrigen dürfen aber solche Tendenzen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Lage der Juden in der Sowjetunion sich insgesamt *verbessert* hat – verschiedene, bislang übliche offizielle Diskriminierungen wurden auf gesetzlichem Wege beseitigt. Wenn gegenwärtig dennoch die jüdische *Auswanderung* aus der Sowjetunion bisher unbekannte Ausmaße annimmt – allein 1990 kehrten rund 200 000 Juden der Sowjetunion den Rücken –, hat dies zum einen schlicht mit der Liberalisierung der Auswanderung durch die sowjetischen Behörden zu tun, zum anderen aber vor allem mit den ungewissen wirtschaftlichen Aussichten

und den ungelösten und in ihren langfristigen Folgen unabsehbaren Nationalitätenkonflikten. Auch jüdische Beobachter weisen darauf hin, daß als Motiv für die Ausreise bisher mehr die *Furcht vor Antisemitismus* eine Rolle spiele als die persönliche Erfahrung von und mit Antisemitismus. Man will offenbar das Land verlassen, bevor der Antisemitismus eine reale Chance erhält, sich zu entfalten. Paradoxerweise zieht die Ausreisewelle ihrerseits antisemitische Reaktionen innerhalb der sowjetischen Bevölkerung nach sich.

In *Ungarn* – mit 80 000 bis 100 000 Juden nach der Sowjetunion das osteuropäische Land mit der stärksten jüdischen Bevölkerungsgruppe – traten antisemitische Äußerungen vor allem anlässlich der ersten freien Parlamentswahlen seit 1947 im März/April 1990 zutage. Vertretern des *Bundes der Freien Demokraten* (BFD), der aus den Wahlen als zweitstärkste politische Kraft hervorging und dem auch Staatspräsident *Arpád Göncz* angehört, wurden verschiedentlich als „heimatlose Kosmopoliten“ bzw. „Fremde“ apostrophiert und ihnen wurde die Qualität, „wahre Ungarn“ zu sein, abgesprochen. Der starke Anteil von Juden an der Parteiführung des BFD führte dazu, daß der BFD als „jüdische Partei“ beschimpft wurde. Nationalistische und z. T. als betont christlich firmierende Kreise geben hierbei den Ton an.

Kompromittiert durch die Zusammenarbeit mit dem alten Regime

Dennoch scheinen auch in Ungarn Befürchtungen in bezug auf den Antisemitismus bislang noch größer zu sein als dessen aktuelle Erfahrung. Die ungarische Verfassung wurde ergänzt durch den Straftatbestand der „Erregung von rassischem und religiösem Haß“. Außerdem wird erwartet, daß Ungarn schon im Blick auf das Schicksal *ungarischer Minderheiten* in den Nachbarländern (vor allem in Rumänien) bemüht sein wird, die Rechte von Minderheiten, und damit auch der Juden, vergleichsweise befriedigend zu gewährleisten.

Die Situation der rund 23 000 Juden in *Rumänien* hängt demgegenüber vor allem von der Frage ab, inwieweit man ihnen weiterhin ihre Nähe zum verhaßten Ceauşescu-Regime vorhält. Ceauşescu hatte es verstanden, die Bedürfnisse der jüdischen Minderheit geschickt für seine politischen Ziele zu nutzen. Rumänien war das einzige Land des Ostblocks, das nach dem Sechstagekrieg von 1967 die *diplomatischen Beziehungen zu Israel* nicht abbrach. Dem Obersten Rabbiner des Landes, *Moses Rosen*, wird nach dem Ende der Ceauşescu-Herrschaft verstärkt vorgehalten, er habe sich durch seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit *kompromittiert*. Antisemitische Graffiti gegen Premierminister *Petre Roman*, der selbst – wie auch einige seiner Minister – jüdischer Abstammung ist, weisen auf Emotionen hin, die unter anderen politischen Umständen leicht größeren Schaden anrichten könnten.

Aus Ländern wie der *Tschechoslowakei*, *Bulgarien* und *Jugoslawien* wurden bislang keine oder politisch weniger bedeutende antisemitische Vorfälle bekannt. Ob es auch dort zu ernsteren Tendenzen dieser Art kommen wird bzw. in den bisher davon betroffenen Ländern diese weiter zunehmen, hängt entscheidend von der weiteren politischen und wirtschaftlichen Entwicklung ab, vor allem davon, ob nationalistische bis hin zu faschistischen Strömungen an Raum gewinnen oder nicht.

Die Beseitigung des staatlich sanktionierten Antisemitismus in Osteuropa unter vielen kommunistischen Regimen bedeutet jedenfalls noch längst nicht auch die Bannung entsprechender Neigungen in der Bevölkerung. Osteuropa insgesamt durchlebt gegenwärtig eine – wie es der Jerusalemer Soziologe *Shmuel N. Eisenstadt* nennt – „fluktuierende Periode“, in der „die Gesellschaft nicht genügend entwickelt ist, um nationalistischen Exzessen oder religiösen Vorurteilen entgegenzuwirken, was zu Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und unter gewissen Umständen zu neuen Diktaturen ausarten kann“ (Frankfurter Rundschau, 31. 1. 91). K. N.